

Presseerklärung: Schulentwicklung in Schleswig-Holstein: Auch die Oberstufen brauchen Freiräume!

Die GGG-Schleswig-Holstein begrüßt, dass das Land den Schulen mehr Freiräume für eine zeitgemäße Entwicklung geben will. Mit der sog. **Experimentierklausel** soll Gelegenheit geschaffen werden, innovative Lernformen zu erproben, Lerninhalte freier zu handhaben (Stichwort "Kontingenzstundentafel") und neue Ansätze in der Leistungsbeurteilung zu finden. Auch bisherige Arbeitszeitmodelle sind zu überdenken. Vorbild ist der "Freiheitsversuch" an dänischen Schulen; das schleswig-holsteinische Pendant wird derzeit mit Regionalkonferenzen vorangetrieben. Allerdings fehlt in den bisherigen Verlautbarungen zur Experimentierklausel die noch im Koalitionsvertrag angekündigte Unterstützung der Schulen zum Beispiel durch finanzielle Mittel oder die Bereitstellung von zusätzlichem Personal. Eine aus unserer Sicht gute Absicht kann nur dann gelingen, wenn sie sich nicht als verkapptes Sparmodell erweist.

"Mit der Experimentierklausel ist das Land auf einem vielversprechenden Weg", so die Einschätzung der GGG-Co-Vorsitzenden Cornelia Östreich. Dieser Weg dürfe allerdings nicht nach Klassenstufe 10 abrupt aufhören. Leider erwecken die bekannt gewordenen Absichten der KMK darüber, wie die vom Bundesverfassungsgericht eingeforderte "Vergleichbarkeit des Abiturs" sicherzustellen sei, aber genau diesen Eindruck. "Mehr einbringungspflichtige Kurse, ein so starres wie überfrachtetes Curriculum und generell die Einschränkung schulischer Freiheit in der Oberstufe - das passt nicht zur aktuellen Flexibilisierung von Lernen und Schule in Schleswig-Holstein durch die Experimentierklausel!", stellt Johann Knigge-Blietschau, GGG-Co-Vorsitzender, fest. Die KMK müsse ihre Empfehlungen für die Oberstufe mit einem Mehr an Freiheit verbinden - nicht dem Gegenteil.

Wie dies möglich sein kann beschreibt die "**Potsdamer Erklärung für ein zukunftsfähiges Abitur**", die von einem breiten Bündnis aus Schulpraktiker*innen, Fachwissenschaft, der GGG sowie der GEW getragen wird. Weitere Unterstützung der Initiative ist erbeten! Am 20. März soll die Erklärung in Potsdam im Rahmen eines Fachtages offiziell von den unterstützenden Organisatoren unterzeichnet werden (Informationen dazu unter ggg-web.de).

Dr. Cornelia Östreich, Johann Knigge-Blietschau
Co-Vorsitzende der GGG Schleswig-Holstein

GGG-Landesverband Schleswig-Holstein – Gemeinschaftsschulverband, c/o Dr. Cornelia Östreich, Teßdorfstr. 21, 23611 Bad Schwartau, c-t.oestreich@kabelmail.de; Johann Knigge-Blietschau Düppelstr. 67, 21 24105 Kiel, johannknigge-blietschau@ggg-web.de